

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł.
monatl. 4,80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zł. Bei
Vollzug vierteljährl. 16,08 zł. monatl. 5,36 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł.
Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Zellmezeile 100 Groschen. Danzig 10 bzw. 70 Dz. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Blättern
vorschreit und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffertengebühre 100 Groschen — für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.

Postleitzahlen: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 265.

Bromberg, Sonnabend den 17. November 1928.

52. Jahrg.

„Die Verfassung auf dem Papier“.

Der Deutsche Klub zur Verfassungsänderung.

Warschau, 15. November. In der heutigen Sitzung der Verfassungskommission wurde die Debatte über den Antrag der Regierungspartei bezüglich der Änderung der Verfassung fortgesetzt. Nachdem eingehende Ausführungen vor allem der Abg. Dr. Liebermann und Rataj vorausgegangen waren, ergriff Abg. Spizer vom Deutschen Parlamentarischen Klub das Wort und führte etwas folgendes aus:

Meiner Meinung besteht zwischen den Ausdrücken „Verfassung“ und „Verfassungsgesetz“ sowie „Änderung der Verfassung“ und „Revision des Verfassungsgesetzes“ kein sachlicher Unterschied. In dieser Hinsicht stimme ich vollkommen mit den Ausführungen der Herren Abg. Liebermann und Rataj überein, denen ich nichts Wesentliches hinzuzufügen hätte. Ich möchte nicht wiederholen und will deshalb nur auf einen Punkt hinweisen. Herr Abg. Dr. Liebermann hat eine Reihe von Artikeln angeführt, aus denen sich ergibt, daß die Begriffe „Verfassung“ und „Verfassungsgesetz“ übereinstimmen. M. C. beweist dies am schlagendsten der Art. 126. Dieser lehrt Artikel der Verfassung beginnt mit den Worten: „Diese Verfassung usw.“ Das Verfassungsgesetz nennt sich also sozusagen selbst „Verfassung“. Es ergibt sich also, daß der von den Herren Antragstellern eingeschlagene Weg nicht zulässig ist. Er ist auch nicht zweckmäßig. Von den Vorschlägen, die, um den geeigneten Weg zu zeigen, gemacht worden sind, scheinen mir die Thesen des Herrn Abg. Rataj am zweckmäßigsten zu sein. Die zweite These halte ich allerdings für entbehrlich, weil es selbstverständlich ist, daß die Initiative der Regierung möglich ist. Daß darüber hinaus die Regierung aufzufordern wäre, einen Entwurf zur Änderung der Verfassung vorzulegen, meine ich nicht. Wenn die Regierung es mit ihrer Führerrolle in Einklang bringen kann, daß sie in dieser wichtigen Materie auf die Initiative verzichtet, so ist das lediglich ihre Sache.

Was die Stellungnahme des Deutschen Klubs zu der Frage der Verfassungsänderung selbst angeht, so sind wir der Meinung, daß es durchaus notwendig erscheint, den demokratischen Aufbau des Staates in dem Verfassungsgesetz noch deutlicher zum Ausdruck zu bringen, sowie daß die Garantien für die Freiheit der Staatsbürger noch besser klar gestellt werden können. Eine Änderung der Verfassung kann deshalb als durchaus erwünscht angesehen werden. Allerdings glauben wir, daß eine Änderung der Verfassung nicht die dringendste Frage ist, sondern daß viel dringender ein anderes Problem ist, das mit der Verfassungsänderung verknüpft ist und deshalb hier zur Sprache gebracht werden muß. Ich meine die Tatsache, daß die Verfassung bisher noch nicht Wirklichkeit geworden ist. Art. 126 der Verfassung schreibt vor: Alle gegenwärtig bestehenden Vorschriften und rechtlichen Einrichtungen, die mit den Bestimmungen der Verfassung nicht im Einklang stehen, sind spätestens binnen einem Jahre von dem Inkrafttreten der Verfassung der gesetzgebenden Körperschaft vorzulegen, damit sie mit ihr im Wege der Gesetzgebung in Einklang gebracht werden. In dieser Hinsicht ist nicht nur nichts geschehen, sondern die Praxis der Verwaltung ist soweit rückwärtig, daß beispielsweise auf dem Gebiete des Schulwesens im früheren preuß. Teilstaat die Behörde sich auf Kabinettsordern der drei Jahre des vorigen Jahrhunderts stützt, also auf Bestimmungen aus der Zeit der absoluten Monarchie.

Des weiteren schreiben zahlreiche Artikel der Verfassung vor, daß Ausführungsgesetze zu erlassen sind, welche die Grundätze der Verfassung verwirklichen. Beispielsweise heißt es in Art. 109 Absatz 2: Besondere staatliche Gesetze werden den Minderheiten im polnischen Staate volle und freiwillige Entwicklung ihrer nationalen Eigentümlichkeiten mit Hilfe von autonomen Minderheitsverbänden mit öffentlich-rechtlichem Charakter.“ Ein Gesetz, welches die hiermit zugesagte kulturelle Autonomie in die Praxis einführt, ist bisher nicht erlassen worden.

Wir sind der Meinung, daß, solange nicht die notwendigen Schritte getan sind, um die in der Verfassung enthaltenen Grundätze in der Praxis durchzuführen, eine Änderung des Verfassungsgesetzes eine papierene Angelegenheit sein wird. Deswegen stelle ich folgenden Antrag:

Der Sejm fordert die Regierung auf, unverzüglich die nach Art. 126 Absatz 2 notwendigen Anträge sowie diejenigen Gesetzentwürfe einzubringen, welche notwendig sind, um die Grundätze der Verfassung in die Wirklichkeit umzusetzen.

*

Aus der Diskussion ist auch die Rede des sozialistischen Abg. Liebermann besonders erwähnenswert, da sie die Stellungnahme der PPS zu einer Änderung der Verfassung präzisiert. Der Redner erklärte einleitend, daß die Idee der Antragsteller, an eine Revision der Verfassung heranzutreten, von der Polnischen Sozialistischen Partei angenommen werde, jedoch nicht aus den von den Antragstellern in der Begründung des Antrages angegebenen Gründen. „Der Regierungsblock“, sagte der Redner, „ist der Meinung, daß man die Macht des Präsidenten der Republik erweitern sollte. Wir erkennen dies nicht an, sind im Gegenteil der Ansicht, daß die Macht des Präsidenten in der Verfassung genügend ausgebaut ist und das Volk durchaus nicht die Notwendigkeit empfindet, diese Macht noch zu erweitern. Eine solche Stärkung, die die Antragsteller beabsichtigen, führt zu einer absoluten Monarchie.“ Abg. Liebermann betont, daß sich die PPS bei dem Willen zu einer Revision der Verfassung von ganz anderen Motiven leiten lasse. Die Partei ist der Meinung, daß in der polnischen Verfassung die Bürgerrechte und die Rechte der Volksvertretung nicht genügend verankert sind. Nicht genügend garantiert sei in der Verfassung das Recht der Gedankenäußerung und der freien Kritik. Die PPS wolle daher dafür

einsetzen, daß in der Verfassung entsprechende Sanktionen für die Garantie der bürgerlichen Freiheit geschaffen werden. Den weiteren Grund für eine Verfassungsrevision sieht der Redner in dem Standpunkt der PPS in der Frage des Senats. Die Praxis habe bewiesen, daß der Senat in Polen unnötig ist. Es gebe eine Reihe von großen und von kleinen Staaten, die nur eine Kammer haben.

Abg. Rataj trat dafür ein, daß man nicht allein formale Fehler in der Verfassung beseitigen, sondern auch meritorische Änderungen vornehmen müsse. Die Regierung darf sich nicht passiv verhalten, während die Frage der Staatsstruktur auf dem Spielt steht und müsse mit einem eigenen Projekt hervortreten. — Abg. Makowski (Regierungspartei) gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß, wenngleich der Antrag des Regierungsklubs kein politisches Ziel verfolge, die Opposition gegen ihn sich nur aus dem Grunde entschelt habe, daß er vom Regierungsklub ausgängen ist.

Abg. Czernicki (Bauernpartei) wünschte, daß man in der Konstitution aus dem polnischen Staat einen wesentlichen Staat mache. Weiter trat auch dieser Redner für die Aufhebung des Senats ein.

Zum Schluß einging man sich dahin, daß das Problem der Reglementkommission zu überweisen. Um aber dieser Kommission konkrete Fragen vorzulegen, soll zunächst eine gemeinsame Sitzung der Verfassungs- und der Reglementscommission stattfinden.

Der unzufriedene Sejm.

Schluss der Budgetdebatte in erster Lesung.

Warschau, 16. November. In Fortsetzung der Budgetdiskussion forderte der Abg. Rogoziński (PPS) u. a. eine Revision der Kohlenexportpolitik, die uns zu viel koste. Allein im Jahre 1927 habe Polen dem Auslande 200 Millionen Zloty geschenkt, die die Preisdifferenz der Kohle im Lande und für den Export darstellen. Die Arbeitslosigkeit sei nur dank der Emigration geringer geworden. In Anbetracht der

nahen wirtschaftlichen Krise

müsste die Regierung gemeinsam mit dem Parlament den Weg der Besserung suchen.

Nach einer kurzen Antwort des Ministers Czechowicz auf den Vorschlag der Budgetüberschreitung betraf der Abg. Smulikowski von der revolutionären (pilsudski-freundlichen) Fraktion der PPS die Rednertribüne. Es entstand ein großer Lärm auf den Bänken der Sozialisten, und es wurden Rufe laut: „Das Mandat niederlegen!“ „In der Wahlperiode“, so sagte der Redner, „haben Sie gerufen: Es lebe Pilsudski!“ (Zuruf: In der Wahlperiode haben Sie sich überhaupt nicht gezeigt), jetzt stellt es sich heraus, wer den Marschall Pilsudski aufrichtig hat leben lassen. (Indauern der Värm). Zurufe auf den Bänken der Sozialisten: Was macht der hier, wo hat er seine Wähler? Marschall Daszyński: Ich bitte, diese Sachen nicht in der Sejmssitzung zu erledigen. Abg. Błotawski: Ehrenwort! Wo ist das Ehrenwort? Zuruf: Er ist ehrlos. Abg. Smulikowski: Ich habe kein Ehrenwort gegeben!“ Der Redner gibt im Namen der revolutionären Fraktion die Erklärung ab, daß er das Budget nicht als Gegenstand von taktischen Spielen oder demagogischen Handlungen betrachte. Er versichert, daß er ein Faktor zu sein wünsche, der die Gebote der sozialistischen Ideologie realisiert.

Abg. Jeremicz (Weißrussischer Klub) beschäftigt sich besonders mit Kulturräumen und stellt Vergleiche zwischen dem Stand der weißrussischen Kultur in Sowjetrußland und in Polen an. Weiter beklagt sich der Redner über Verfolgungen der Verwaltungsbehörden und über die Nichtdurchführung der Agrarreform. Der Weißrussische Klub werde gegen das Budget stimmen.

Die Reden des Abg. Wolnicz (Selbst) und des Kommunisten Bitner enthalten keine Neuerungen. Der Vorsitzende war gezwungen, den einen und den anderen Redner wiederholt auf den ungewöhnlichen Ton ihrer Reden aufmerksam zu machen. In seinem Eifer vergaß der Abg. Bitner sogar über das Budget zu sprechen, und erst als er daran durch einen Zuruf erinnert wurde, kehrte er auf die Tribüne zurück und stellte unter allgemeinem Gelächter des Saales den Antrag auf Ablehnung des Budgets.

Der Abg. Stawiński beklagt sich darüber, daß

kein Bauer einen Orden

bekommen hat. (Zuruf: „Nur Unnen wollen Orden haben!“) Abg. Stawiński fortlaufend: ich stelle auch den Verfall des patriotischen Enthusiasmus unter der Bevölkerung und die Gleichgültigkeit über Staatsfragen fest. (Zuruf: Haben auch daran die Parteien schuld?) Alle müssen wir unsere Kräfte zusammennehmen, um den schwierigen Aufgaben Herr zu werden, die im gegenwärtigen Augenblick vor dem Staate stehen. (Zuruf: Noch einen Baby-Klub bilden! Abg. Stawiński: Sind dies denn Chinesen? (Hinterkeit!) Der Redner schließt seine Ansprache mit sehr optimistischen Akkorden.

Als letzter sprach in der Budgetkommission der Abg. Sanowica von der „Sanacja“, dem Regierungsbloc, der seine Hymne auf die gegenwärtige Regierung und den Regierungsbloc sang. — Zum Schluß erklärte der Bismarck-Minister Groński, daß die Regierung eine ausführliche Antwort auf verschiedene in der Diskussion angeschnittenen Fragen in der Kommission geben werde.

In der Abstimmung wurde der Antrag der radikalen Opposition, also der ukrainischen Klubs und der Kommunisten auf Ablehnung des Budgets schon in der ersten Lesung mit großer Mehrheit abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur die Abgeordneten der slawischen Minderheiten und die Kommunisten. Der Klub der PPS hatte vor der Abstimmung den Saal verlassen. Der Vorschlag der Regierung wurde damit der Budgetkommission überwiesen.

Die nächste Sitzung findet am Freitag nachmittag statt.

Parlamentarischer Block der polnischen Linken.

Warschau, 15. November. Gestern wurde ein Beschluss veröffentlicht, der von den Vertretern der parlamentarischen Verbände der PPS (Polnischen Sozialistischen Partei), der Wyżawszczyzna und der Bauernpartei (Dąbski) über die Bildung einer ständigen gemeinsamen Verständigungskommission auf parlamentarischem Gebiet gefaßt wurde. Dieser in den Plenarsitzungen der drei Klubs der Linken bestätigte Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Die am 14. November versammelten Vertreter des parlamentarischen Verbandes der polnischen Sozialisten, des parlamentarischen Klubs der PSL „Wyżawszczyzna“ und des parlamentarischen Klubs der Bauernpartei haben beschlossen, eine ständige gemeinsame Verständigungskommission zum Schutz der Republik und der Demokratie ins Leben zu rufen. Die Aufgabe der Kommission wird darin bestehen, die Zusammenarbeit der erwähnten Parteien in allen Fragen sicherzustellen, die die Festigung und den Schutz der republikanischen Struktur, der Demokratie, des Parlamentarismus und der Freiheit in Bezug auf die Rechte und die Tätigkeit des Sejm und des Senats der Republik im Auge haben. Auf allen anderen Gebieten behalten sich die erwähnten Parteien die vollkommene Freiheit der Taktik vor, wobei jedoch grundsätzlich in jedem einzelnen Falle eine Vereinheitlichung der Ansichten und der zu unternehmenden Schritte angestrebt werden soll.“

Der auf diese Weise gebildete Block der Linken umfaßt 122 Abgeordnete und kann somit bei eventuellen Beschlüssen in der Frage der Änderung der Verfassung eine bedeutende Rolle spielen. Dieses Communiqué wurde bereits gestern in den parlamentarischen Kreisen lebhaft kommentiert und hat besonders in Regierungskreisen ein großes Interesse hervorgerufen.

Warum Piłsudski interniert wurde . . .

Am 11. November waren zehn Jahre seit der Rückkehr des Marshalls Piłsudski und seines Freunde, des Generals Sosnkowski, aus der Internierung auf der Festung Magdeburg vergangen. Allgemein ist die Meinung verbreitet, daß die Internierung eine politisch höchst unzweckmäßige und überdies ganz überflüssige Schikane der deutschen Okkupationsbehörden in Warschau war. Die „Wojewódzka Zeitung“ hat sich noch vor wenigen Tagen in einem Redaktionssaal zu dieser Auffassung bekannt. Jetzt ließt ihr Warschauer Korrespondent einen sehr interessanten Gegenbeweis, in dem er eine Stelle aus den Erinnerungen des Generals Sosnkowski zitiert, aus der klar hervorgeht, daß die Führer der polnischen Legionen — vielleicht aus für sie sehr beachtlichen Gründen — auf eine Flucht in das Lager des russischen Feindes bedacht waren, so daß die Okkupationsbehörden, die immerhin für die Sicherheit ihrer Kriegs- und Verwaltungspläne verantwortlich waren, allen Grund hatten, zur Verhaftung zu schreiten, die dann zu einer sehr milde gehandhabten Internierung in Magdeburg führte. Übrigens hat auch Marshall Piłsudski selbst bekannt, daß er seine Verhaftung für wohl begründet hielt.

Die Äußerungen des Generals Kasimir Sosnkowski sind einem Sammelwerk „Hinter Kerkergittern und Stacheldraht“ entnommen, das der Leiter der Historischen Abteilung des Generalstabs, General Stanisławski, soeben herausgegeben hat. Sosnkowski schreibt zunächst eine Hausaufnahme, die die deutschen Behörden am 16. Juli 1917 in einer damaligen Warschauer Wohnung durchführten. Es handelt sich um jene Wochen, in denen der deutsche General-Gouverneur von Breslau die Befreiung der Piłsudski-Legionen durchzuführen wollte, aber dabei auf starken Widerstand in den Legionärskreisen stieß. Das brave WB meldete nach Deutschland Verschiebung der Eidesleistung „wegen eines Unwetters“, während gleichzeitig die widerseitigen Legionäre, aus denen man kurz vorher noch ein mächtiges Hilfsheer zu bilden hoffte, in Internierungslagern festgesetzt wurden. Am Tage vor der Haussuchung bei Sosnkowski war Slawek verhaftet worden, einer der anderen Hauptunterführer Piłsudskis, heute Fraktions-Vorsitzender des Regierungsblocks im polnischen Parlament.

Sosnkowski schreibt über jene Tage: „Unter unseren Freunden erhob sich die Forderung nach heimlicher Abreise des Kommandanten Piłsudski — D. Ue. Er selbst erwog bereits seit einiger Zeit die Chancen und Möglichkeiten einer Flucht nach Ausland.“

Das Frühjahr dieses Jahres hatte die weltpolitische Kräfteverteilung verändert: Wir sahen vorans, daß die russische Revolution und das aktive Vortreten der Vereinigten Staaten auf die Weiterentwicklung in dem von uns gewünschten Sinn einwirken, zu abwechselnden Niederlagen oder mindestens zu einer großen Schwächung sämtlicher Teilungsmächte führen müssten. Der Endabschnitt des Weltkrieges lädt sich zu nähern, in dem bei der allgemeinen Erschöpfung die Verfügung über eine eigene, zahlenmäßig ausreichende bewaffnete Macht, die vor allem moralisch von den Fremden unabhängig war, der für das Los der polnischen Sache wichtige Faktor werden mußte. Die Männer, welche diese Macht anvertraut war, wurden dadurch in ihren Abmachungen und Kompromissen zur Vorsicht veranlaßt. Die Gefahr, daß gerade die polnische Sache bei den Friedensverhandlungen eines der Hauptspieler-Objekte werden würde, drohte immer, solange auch nur eine der Teilungsmächte Aussichten hatte, auf Seiten der Sieger am Verhandlungstisch Platz zu nehmen. Wir waren deshalb bestrebt, vor allem ein Maximum an physischer Kraft in der Hand unseres Führers zu vereinigen und dadurch die Unabhängigkeit des polnischen Staatsgedankens zu sichern. Der Akt vom 5. November (die Proklamation des Königreichs Polen durch den deutschen und den österreichischen Kaiser, — D. Ue.) war in

unseren Augen nur eine Parodie auf die Unabhängigkeit, die höchstens insofern von Wert war, als sie die Grundlage zur Bildung einer starken Armee unter Pilsudski für die Führung abgeben konnte. Einige Monate Tätigkeit in der Heeres-Abteilung des Provisorischen Staatsrat genügten aber, um auch alle Illusionen in dieser Richtung vollständig zu zerstören. Die Zentralmächte traten überaus vorsichtig, ja, widerwillig und geradezu unehrlich an die Sache heran. Der Fall der Zarenherrschaft schuf andererseits die Möglichkeit für die Bildung einer polnischen Armee in Russland. Derjenige Ausweg, der damals Zweck und Sinn hatte, führte nach Osten. Der einzige offene Weg nach Russland aber war der Luftweg. Die Sache war also nicht gerade einfach und leicht auszuführen.

Die Kreuzer-Schlacht im Reichstag.

Berlin, 16. November. (Eigener Bericht.) Gestern begann im Reichstag die mit äußerster Spannung erwartete Debatte über den Bau des Panzerkreuzers A. Bekanntlich wurde dieses Ersatzschiff für die dezimierte Reichsmarine dem deutschen Volk sogar in Versailles zugesprochen. Wenn die Marineleitung mit diesem Bau auch niemals gegen die inzwischen stark vermehrten Flottenstreitkräfte der Entente antreten kann, so bedeutet ein moderner Panzerkreuzer doch einen gewissen Schutz für den Handelsverkehr in der Ostsee, ein Gedankengang, dem sich selbst die Difatoren von Versailles nicht verschließen konnten. Wenn die Linksparteien, vor allem die Sozialdemokraten die Bewilligung der Bauräte leidenschaftlich ablehnen, so geschieht das hauptsächlich, um ihren Wählern gegenüber nicht als wortbrüderlich zu erscheinen, die vor den letzten Parlamentswahlen gegen den Panzerkreuzer A in Front gebracht wurden. Inzwischen hatten die sozialistischen Mitglieder des unter dem Voritz eines Sozialdemokraten stehenden Reichskabinetts ihren Standpunkt revidiert und die ersten Baugelder bewilligt. Bei der gestern begonnenen Reichstagsdebatte, die auch heute noch andauern wird, handelt es sich um eine Genehmigung dieser ersten Anordnung des Reichskabinetts und um Bewilligung der weiteren Raten.

Die Sozialdemokraten halten trotzdem in logischer Konsequenz ihrer früheren Beschlüsse an dem ablehnenden Standpunkt fest. Das Kabinett kann nicht umfassen, da einmal bereits große Lieferungsaufträge vergeben sind und da ferner der Reichswehrminister Groener von einer Bewilligung der Bauräte sein Verbleiben in der Regierung abhängig macht. Der Reichspräsident von Hindenburg hat sich ausdrücklich hinter den Reichswehrminister gestellt.

Bei einer Ablehnung des Panzerkreuzers A durch die Linksparteien müßte das von denselben Gruppen gebildete Kabinett zurücktreten. Da es im Reichstag keine andere Mehrheit gibt, wäre der Reichspräsident ferner gezwungen, den Reichstag aufzulösen. Ob die Linksparteien unter diesen Umständen ein gleich günstiges Wahlergebnis erzielen würden, wie im Mai dieses Jahres, erscheint zweifelhaft. Sie sind darum — so merkwürdig das klingen mag — stark daran interessiert, daß ihr eigener Standpunkt in der Kreuzerfrage abgelehnt und darum ihre Regierung nicht zum Rücktritt gezwungen wird. Nach langem Hin und Her hat man den sozialistischen Ministern — die doch über den Parteien stehen sollen — Stimmfreiheit, d. h. auch die Möglichkeit der Stimmabstaltung gegeben. Gestern war das noch anders. Die Demokraten, die sich in ihrer Presse besonders gegen den Panzerkreuzer A ausgesprochen hatten, werden sich der Stimme enthalten. Das Zentrum dürfte sich zu einer geteilten Ansicht bekennen. So rednet man damit, daß 215 Stimmen für den demokratischen Auftrag und 230 Stimmen dagegen erreicht werden können.

Für den Parlamentarismus ist diese Komödie selbsterklärend kein Ruhmesblatt. Gegenwärtig die Niederschlag, die der Abstimmung vorausgeht. Der Antrag wurde gestern von dem sozialistischen Parteivorsitzenden Wels recht temperamentvoll begründet. Sein Parteifreund, der Reichskanzler Müller-Franken, sah sich gezwungen, den Reichswehrminister gegen diesen sozialistischen Scheinangriff in Schuß zu nehmen.

Der deutschationale Sprecher Treviranus befreite die Linksparteien von der Furcht, daß die Deutschationale Partei aus taktischen Gründen für den sozialistischen Antrag stimmen oder sich der Stimme enthalten würde, um Regierung und Reichstag zu Fall zu bringen. Die Deutschnationalen werden sich gegen den sozialdemokratischen Antrag erklären. Allerdings konnte sich ihr Vorsitzender, Graf Westarp, nicht enthalten, die sozialdemokratischen Minister der Neuerlichkeit zu zeihen, ein Zwischenruf, der den Reichskanzler zu einer heftigen Verwarnung auf den Plan rief. Außerdem sprach noch der Kommunist Heckert vor fast leeren Bänken. Die übrigen Parteien werden heute das Wort ergreifen.

Der Wortlaut des Stahlhelm-Bolzbegehrns.

Auf einer großen Versammlung zum zehnten Gründungstag des Stahlhelms hielt der erste Bundesführer Seld eine programmatische Rede, in der er u. a. auch den Entwurf des Volksbegehrns mitteilte, den der Stahlhelm dem Reichsausschuß für das Volksbegehrn zuleiten wird. Der Wortlaut ist folgender:

I. Der Artikel 54 der Reichsverfassung, der lautet: "Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Besluß sein Vertrauen entzieht", wird aufgehoben.

II. Der Artikel 37 der Reichsverfassung, betreffend Immunität der Abgeordneten, erhält als Absatz folgenden Zusatz: "Vorstehende Bestimmungen finden keine Anwendung, wenn es sich um Landesverrat oder um andere Straftaten handelt, die nach dem bestehenden Recht als Verbrechen mit Strafe bedroht sind oder bei denen die Verbrennung der bürgerlichen Ehrenrechte zulässig ist."

Der Bundesführer betonte, daß sich der Stahlhelm auf diese beiden Punkte zunächst beschränke. Mit anderen Forderungen, vor allem derjenigen des Zweikammer-Systems, werde der Stahlhelm später kommen.

Ein Schachth-Prozeß am Balkan.

Verhaftung deutscher Ingenieure in Albanien.

In Skutari ist es zu einer außenseiterregenden Festnahme dreier deutscher Ingenieure gekommen. Die Polizei hat dem deutschen Bauingenieur Reiserer, dem Deutschschweizer Ingenieur Frey und dem deutschen Bauführer Schlüter plötzlich die Pässe abgenommen und ihnen das Vertrauen ihrer eigenen Wohnung sowie die Ausreise aus Albanien verboten. Die drei Ingenieure sind unter laufender Polizeiaufsicht gestellt worden. Die drei deutschen Ingenieure, die seit vielen Monaten in Albanien sind, wurden durch Vermittlung der Firma Cuvp dorthin gesandt, um eine große Portalanlage darin aufzubauen. Bei dem Bau mussten sich die Ingenieure mit den provisorischen Hilfsmitteln begnügen. Sie hatten vor un-

gelernte Leute, wenig Arbeiter und wenig Baumaterial. Die Baufähigkeit zog sich infolgedessen bisher 13 Monate hin.

Heute ist den Ingenieuren die Sabotage des Baues zum Vorwurf gemacht worden. Sie sollen besonders langsam gearbeitet haben, um anderen ausländischen Firmen noch auf lange Zeit die Lieferung von Cement für Albanien zu stehlen. Schließlich wird den drei Ingenieuren, die ihre guten deutschen und Schweizer Diplome haben, zur Last gelegt, daß sie überhaupt keine Chemiker und Ingenieure seien, sondern sich die Titel selbst verliehen hätten, um, so heißt es wörtlich, ihre Taschen mit "albanischen Gold-Napoleontümchen" zu füllen.

Die albanischen Behörden verlangen, daß sich die drei Ingenieure vor den albanischen Gerichten über ihre Baufähigkeit verantworten. Der Bauingenieur Reiserer und der Chemiker Frey sollen nicht eher aus Albanien abreisen, ehe sie nicht einen Schadenerlass von 270 000 Goldfranken für die bisherige Nichtvollendung des Baues bezahlt haben. Die Ingenieure müssen sich jetzt Bürigen suchen, um vor dem Gefängnis bewahrt zu werden. Den Bauingenieur Schlüter gelang es, bei Nacht und Nebel nach Sau Giovanni de Medua zu flüchten und von dort mit dem Schiff weiterzukommen.

Ein deutscher Pfarrer in Russland verhaftet.

Charkow, 14. November. In der deutschen Kolonie Selz im Kreise Odessa ist der Pfarrer Frucht von den Sowjetbehörden verhaftet worden. Er wird beschuldigt, von der Kanzel die Jugend seiner Gemeinde unter Androhung des Kirchenbannes vor dem Eintritt in die Bauernklubs gewarnzt und diese als Stätten der Unzucht bezeichnet zu haben. Die Bauernklubs in den Dörfern werden unter Mitwirkung der örtlichen Sowjetbehörden eingerichtet und dienen den Zwecken der politischen Propaganda im Sinne der kommunistischen Partei.

General Booth im Sterben.

Der greise General Booth, der oberste Leiter der Heilsarmee, liegt in seinem Heim in Elacton (England), wo seinerzeit auch seine Mutter Katharina Booth gestorben ist, im Sterben. Die Führer der Heilsarmee befinden sich am Krankenlager ihres Chefs. Man kann mit dem Ableben des Führers in den nächsten Stunden rechnen. Booth hat seinen Nachfolger bereits selbst ernannt, hält den Namen jedoch geheim. Sein Testamentsvollstrecker wird ihn erst nach seinem Tode bekanntgeben.

Der neue polnische Zolltarif.

Seit nunmehr zwei Jahren arbeiten das Finanz- und Handelsministerium an der Fertigstellung des neuen polnischen Zolltarifes. Angefangen der tiefschreitenden Wandlungen, welche die polnischen Finanzen und die Wirtschaft gerade in den letzten zwei Jahren durchgemacht haben, war es schwierig, eine einheitliche Basis für den neuen Zolltarif zu schaffen. Erst die Realisierung der großen Amerika-Sanierungsanstrengungen und die seit dieser Zeit dauernde endgültige Stabilisierung der Währung und Normalisierung der Wirtschaft haben es ermöglicht, die Arbeiten an einer umfassenden und grundlegenden Änderung und Reform des polnischen Zolltarifes einheitlich durchzuführen. Nunmehr sind, wie dem "Berl. Tageblatt" aus Warschau berichtet wird, die Entwürfe schon so weit gediehen, daß zumindest die Nomenklatur als feststehend anzusehen ist.

Der bereits vorliegende Entwurf will der besonderen wirtschaftlichen Struktur Polens angepaßt sein und hat gegenüber dem jetzt geltenden, aus dem russischen Tarif übernommenen Tarif einen modernen Zuschnitt erhalten. Denn sowohl der erste Zolltarif aus dem Jahre 1919 wie auch die Revisionen aus den Jahren 1924 und 1925 kamen unter ganz abnormalen Wirtschaftsbedingungen zustande. Aus den nunmehr vom Industrie- und Handelsministerium herausgegebenen Materialien geht die vollkommen neue Gliederung des Tarifes, seine Differenzierung und auch die Änderung der einzelnen Sätze sowohl nach oben wie nach unten, hervor. Der neue Entwurf lehnt sich an den jetzigen Zolltarif in keiner Weise an; der Rahmen für ihn ist der Einteilung, die für das internationale Zolltarifschema vorgesehen ist, entnommen. Allerdings liegen gewisse Abweichungen vom Genfer Projekt vor, die auf die verschiedenartige Wirtschaftsstruktur Polens zurückgehen. Während der jetzt geltende Tarif nur 217 Positionen und 172 Sätze umfaßt, weist das neue Zolltarifprojekt 1296 Positionen und 5200 Zollsätze auf. Der neue Zolltarif will den ersten dauernden Tarif darstellen, mit dem Polen in die Welt hinaustritt. Gegenwärtig beraten noch die einzelnen, im ganzen vier Hauptkommissionen, die sich wiederum in Unterkommissionen einteilen, über die Höhe der vorzuschlagenden Sätze für die vermehrten Unterstellungen.

Das Projekt selbst bedeutet allerdings noch nicht die endgültige Fassung und dürfte zweifellos noch Änderungen, namentlich hinsichtlich der Zollsätze, erfahren, doch besteht schon der heut vorliegende Entwurf die bisher bestehenden Zweifel und Unklarheiten über die Einführung einer Ware. Gerade der Mangel einer feindl. finanzierten Nomenklatur hat bekanntlich im Laufe der letzten Jahre zu allerlei Missbilligkeiten zwischen Parteien und Zollbehörden, zu Beschwerden, ja zu gerichtlichen Klagen gegen den Staat geführt, da die Zollbehörden oft Waren, die unter einer niedrigeren Zolltarif fallen, einer Verzollung nach einer höheren Position unterzogen, woran ausschließlich die unzulängliche Differenzierung der einzelnen Positionen schuld hatte. Diesem Übel dürfte durch den neuen Zolltarif gestoppt werden, der unter Beobachtung der verschiedenen Gesichtspunkte, wie Höhe der Zölle in anderen Staaten, Menge der Erzeugung im Inlande und der Einfuhr aus dem Auslande, Verhältnis der Höhe der Zollbelastung zum Auslandswert der Ware ausgearbeitet ist. Wenn der neue Zolltarif ins Leben tritt, steht noch nicht fest, doch rechnet man, nach dem gegenwärtigen Stand der Arbeiten zu schließen, mit der Inkraftsetzung für Ende des kommenden Jahres.

Der Untergang der "Bebris".

Ein altes, nicht sechzigiges Schiff.

Eine Welle der Empörung hat die ganze amerikanische Öffentlichkeit erfaßt, nachdem durch die Berichte der Überlebenden der "Bebris" zweifelsfrei festgestellt ist, daß die Schiffs Katastrophe nicht unverzüglich eingetreten ist. Senator Fletcher (Florida) kündigte an, daß er einen Antrag im Senat einbringen werde, um eine strengere Untersuchung einzuleiten. Der New Yorker Staatsanwalt Tuttle hat jetzt schon von sich aus die Untersuchung eingeleitet. Er wird alle Überlebenden vernnehmen lassen, um die Verantwortlichkeit an dem furchtbaren Unglück festzustellen.

Die Passagiere, die in New York eingetroffen sind, erzählen — wie die "Berl. Tagebl." berichtet — überwiegend, daß der Dampfer schon kurz nach der Abfahrt von New York leckte. Anfang sofort zurückzufahren.

oder Hilfe anzureufen, habe der Kapitän nur die Passagiere beruhigt und erklärt, es liege keine Gefahr vor. Am Sonntag nach hälfte die unteren Decks dann bereits unter Wasser gestanden, aber es sei immer noch nichts geschehen, um Hilfe herbeizuholen. Erst als die Katastrophe unvermeidlich war, sei der "SOS"-Ruf ausgesandt worden. Überstürzt wurden nun Frauen und Kinder in die Rettungsboote übergeführt. Es herrschte das schlimmste Durcheinander, kein Mensch wußte, wie er sich verhalten sollte.

Als dann zwei Boote, die fast nur mit Frauen und Kindern besetzt waren, kenterten, machte ein Teil der Mannschaft, der in einem anderen Boot die Weite suchte, nicht die geringste Anstrengung, die verzweifelt um Hilfe ruhenden Frauen zu retten. Nur ein Negermatto machte eine ruhige Ausnahme. Er brachte es fertig, zwanzig Menschen zu retten. Die Passagiere, unter ihnen ein Kapitän Orenstein als Sachverständiger, erhoben schwere Vorwürfe sowohl gegen den Führer der "Bebris", der seiner Aufgabe in keiner Weise gerecht geworden sei, als auch gegen die Lampwart- und Holz-Linte, die einen Dampfer in derartig verwahrlostem Zustand habe in See stechen lassen.

"Der Tag" veröffentlicht einen Passagierbericht von Carlos Quiros, Kanzler des argentinischen Konsulats in New York. Quiros fand von der "New York Times" veröffentlichten Bericht:

"Als die "Bebris" letzten Sonnabend abfuhr, schien alles in Ordnung zu sein. Am Abend wurde das Schiff dann von schwerer See erfaßt. Bald rollte der Dampfer sehr stark. Betteln wurden umhergeworfen und der ganze Speisesaal in Unordnung gebracht. Von jenem Augenblick an kam die "Bebris" nicht wieder in gerader Lage. Am Sonntag wurden dann die Passagiere auf dem Oberdeck mit Rettungsringen ausgestattet, wo sie sich hatten versammeln müssen, da die unteren Kabinen bereits unter Wasser standen. Die Maschinen gingen langsam, und um vier Uhr früh ging das Licht aus. Die Passagiere erhielten nur Bananen und Feigenbrot, das ausgeteilt wurde, als alle Reisenden in Linie aufgestellt waren, um in die Rettungsboote verteilt zu werden. Zwischen rumpte die Mannschaft Wasser durch den Laderaum, um das Schiff wieder aufzurichten, aber ohne Erfolg. Es sank nach schlechter Ausführung der Rettungsmaßnahmen. Kapitän Carey blieb bis zum Ende auf seinem Posten und erteilte tatsächlich bis zum letzten Augenblick Befehle. Als Davis und ich vom Schiff herabstiegen, schritt Carey ruhig das Deck hinunter. Das war das letzte, was ich von unserem Kapitän sah. Davis, ein Vertreter von "La nacion", befand sich unter den letzten Passagieren, die die "Bebris" verließen. Davis und ich blieben auf Deck, solange es nur ging. Als gute Freunde machten wir Bemerkungen über die phlegmatische Langsamkeit und Unerfahrenheit, die sich bei den Rettungsmaßnahmen an Bord unseres Schiffes zeigte. Das Rettungsboot, in das wir schließlich sprangen, war überfüllt. Es schien auch von der sinkenden "Bebris" mitgerissen zu werden. Ich schwamm daher zum Boot 13, das nicht stark geladen hatte. Es war das letzte Mal, daß ich Davis sah. Es wird zwar angenommen, daß der Dampfer "Santa Barbara" zwei weitere mit Menschen gefüllte Boote fand, aber ich kann nicht angeben, ob dies zutrifft. Ich hoffe aber immer noch, daß sich Davis auf einem Schiff befindet."



Deine Urgrossmutter
sagt Dir mein Kind und sagt:

Königkuchen

schen die besten sind seit Jahrhunderten von

Weese

In Deutschland
lostet die Deutsche Rundschau
für Dezember einschl. Porto 2,50 Reichsmark.
Einzahlung auf Postcheck-Konto Stettin 1847.

Bromberg, Sonnabend den 17. November 1928.

Pommerellen.

16. November.

Graudenz (Grudziadz).

Der Rathausumbau ist bereits soweit fortgeschritten, daß ein bedeutender Teil des aufgebauten Stockwerks zur Unterbringung von Büros bereitgestellt werden konnte und diese darin schon ihren Amtsgeschäften obliegen. Die Umbauarbeiten sollen im Laufe des Winters gänzlich beendet werden, worauf alle städtischen Verwaltungsbüros, die sich zurzeit im Rathaus II befinden, im Rathaus I ihr Domizil finden, während das dann frei gewordene Nebenstadthaus anderen Zwecken dienstbar gemacht werden wird.

Direkte Feuerwehrvorrichtungen besitzen hierzu bereits manche großen Fabriken und Institute. Zurzeit wird eine solche Anlage, deren Einrichtung die Benachrichtigung der Wehr im Feuerraum ganz unmittelbar und allerschnellstens ermöglicht, auch im Stadttheater hergestellt.

Straßenperrung. Wie das städtische Polizeiamt amtlich bekanntgibt, ist die Füchserstraße mit dem 14. d. M. wegen dort vorzunehmender Kanalisationsarbeiten für den Wagengefahrt geschlossen worden.

Die unzufriedene Bäckerinnung. Durch öffentliche Bekanntmachung erklärt die hiesige Bäckerinnung, daß die amtliche Preisfestsetzung des Magistrats insofern mit dem Beschluss der Preisuntersuchungskommission im Widerspruch steht, als diese beschlossen habe, den Preis für 100 Kilogramm Brot aus 70prozentigem Mehl auf 50 Zloty festzusetzen, und somit das Kilogramm Brot 0,52 Zloty koste. Dieser Preis wird denn auch von den Bäckern tatsächlich erhoben.

Die Mittwoch-Wochenmärkte sind schon schwächer besucht, besonders die Stände der Gemüseverkäufer lichten sich mehr und mehr. Auf dem heutigen Mittwoch-Wochenmarkt notierte man folgende Preise: Butter 3,30—3,50, Eier 3,80—3,90, Quark 0,50, Gänse 1,10—1,20 das Pfund, Enten 1,50—2,00 das Stück, Hühner 3—5,00, Tauben 1,80—2,00 das Paar, Blumenkohl 0,20—1,50, Weißkohl 0,06—0,08, Rotkohl 1,15, Rosenkohl 0,70, Tomaten 0,40—0,50, Zwiebeln 0,20 bis 0,25, Möhren 0,10, Rote Rüben 0,10—0,15, Radieschen 1,10—0,15, Spinat 0,30—0,50, Birnen 0,20—0,50, Pfirsiche 0,30, Gräppel 0,30—0,60, Kochäpfel 0,15—0,30, Walnüsse 1—1,30. Auf dem Fischmarkt kosteten Seehunde 1,80—2,00, Schleie 2,50, Breamen 1,20—1,80, Barsche 0,80—1,80, Forellen 2,25, frische Süßwunden 1,00, Plötz 0,60—0,80. Kartoffeln wurden mit 4,50—5,50 angeboten.

Verbrecherische Absichten hat eine aus vier Personen, darunter zwei entlassenen Straftätern, bestehende Banditen gesellschaft, die vor einigen Tagen von Graudenz aus sich in die weitere Umgegend begab. Von der Bande, von deren Mitgliedern zwei mit Revolver bzw. Dolch bewaffnet sind, ist, wie an amtlicher Stelle bekannt ist, der Plan geschmiedet worden, einen Landwirt (angeblich in der Nähe von Laskowice) zu überfallen. Leider konnte die Person des Landwirts nicht in Erfahrung gebracht werden, so daß nur diese allgemeine Warnung erfolgen kann. Bedenkt ist es ratsam, irgendwelche auf dem Lande umherstreifende verdächtige Gestalten sofort dem nächsten Polizeiposten anzulegen.

Thorn (Toruń).

Die Handwerkskammer versandte an alle Handwerker Schreiben, in welchen diese mit einer speziellen Steuer bedacht sind, und zwar pro Werkstatt 8, Gesellen 3 und Lehrling 2 Zloty, was für manche Handwerkmeister eine ansehnliche Summe ausmacht. Diese Extrabesteuerung soll zur Deckung der Verwaltungskosten der Handwerkskammer dienen, da selbige keinerlei Beihilfe von der Regierung erhalten kann. Zu bemerken sei hier, daß diese Besteuerung des Handwerks zu Unrecht geübt und diese Abgabe auch nicht gezahlt werden braucht, da bereits in dem Schreiben steht, daß der Betrag mit Einwilligung des betr. Handwerks zu zahlen ist. — Die polnische Schuhmacherinnung hat gegen diesen Beschuß der Handwerkskammer auf ihrer Sitzung am 5. d. M. Stellung genommen und ihren Mitgliedern anheimgestellt, diese Abgabe nicht zu zahlen.

Einbrecher haben die Feierlichkeiten des vergangenen Sonntags ausgenutzt und sind in die Wohnung des Geistlichen Plem a der Marienkirche eingebrochen, als dieser auf dem Altstädtischen Markt die Messe las. Die Einbrecher stahlen einen wertvollen Opuskuß, einen Mantel, Pfefferminz und Rose. Sie wollten auch den Schreibtisch erbrechen, wobei sie aber gestört wurden. Mit der Beute entfanden sie unerkannt.

Diebstähle. Ein Mantel gestohlen wurde der Frau Kalita. Fräulein Helene Schmidt wurde die Handtasche mit der Bartschaft gestohlen, dem Fräulein Wakarey verschwanden ein Paar neue Damenschuhe.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Die Fremdenverkettung der Deutschen Bühne Thorn Sonntag, 2/2 Uhr, im Dt. Heim, kann jedem Theaterfreund nur auf das Wärmste empfohlen werden. „Die Frau, die jeder sucht“ wird infolge des modernen Stoffes und der flotten Darstellung auch diesmal wieder große Heiterkeitserfolge erzielen. Eintrittskarten bei Justus Wallis, Szeroka 34.

(*) Ballau (Brzeza), 15. November. Dreister Einbruch. Nachdem im nahen Ottotisch vor einigen Tagen in einer Nacht dreimal eingebrochen wurde, haben hier vermutlich dieselben Banditen der Besitzerin Kopp die gute Stube ausgeraubt. Der Schaden beträgt ca. 800 Zloty.

*) Briefen (Wąbrzeźno), 15. November. Die am 6. d. M. dem Propst Komnacki, Lipienica, gestohlenen vier Pferde sind einige Tage später mitamt den Geschirren im nahen Walde an Bäume angebunden aufgefunden worden und konnten ihrem rechtmäßigen Besitzer wieder aufgestellt werden. Eine Kommission, bestehend aus Direktoren der Krankenkassen aus den Städten Warsaw, Wilna, Bialystok und Pinsk, stattete der hiesigen Krankenkasse am vergangenen Sonnabend einen Besuch ab. Zweck des Besuches war die Besichtigung der hiesigen neuingerichteten Krankenkasse.

Neustadt (Wejherowo), 14. November. Aus dem Gerichtssaal. Der Landwirt Karl Müller in Wyseczno soll den 18jährigen Landwirtschaftssohn Franz Meier in Wyseczno mit einem Stück Holz so bestimmt auf den Kopf geschlagen haben, daß dieser zu Boden stürzte. Es wurden 150 Zloty Geldstrafe beantragt; das Urteil lautete auf drei Tage Gefängnis, umgewandelt in 30 Zloty Sühnegeld. Die 16jährige Handelschülerin Pelagia Zelka hat der Hausbesitzerin Agnes Budzik in ihrer Abwesenheit aus der Schublade 105 Zloty entwendet. Sie gesteht unter Tränen ihre unüberlegte Tat; ihr Vater befundet, das Geld

sogleich zurückgestattet zu haben. Es wurden sieben Tage Gefängnis beantragt. Der Verteidiger, Advoat Bilinski, plädierte auf Freisprechung; das jugendliche Alter und das rechte Geständnis seien zu berücksichtigen; es erfolgte Freispruch.

a Schwez (Swiecie), 14. November. Der heutige Wochenmarkt hatte einen ziemlich regen Verkehr aufzuweisen. Die Belieferung war trotz der vorgerückten Jahreszeit noch ziemlich groß, besonders an Kartoffeln und Weißkohl. Erster kostete der Bentner 3,50—4,00, Weißkohl wurde mit 6—7 pro Bentner gehandelt. Die Zufuhr von Butter war nicht so stark wie am letzten Markt, doch wurde die Nachfrage gedeckt; es wurden 3—3,40 pro Pfund verlangt, für Eier 4,00 pro Mandel. Ferner kostete: Glühwein 0,50, Tilsiterkäse 2,10—2,20, Honig 2,50—2,70, Pfauenmeus 1,50, Tomaten 0,60, Weißkohl 0,20, Grünkohl 0,30, rote Rüben 0,15, Zwiebeln 0,25, Knoblauch 0,50, weiße Bohnen 0,40, Walnüsse 1,20—1,50, Blumenkohl je nach Güte und Größe 0,20—1 pro Kopf. Obst ist noch in großen Mengen zu haben, es wurde für Birnen von 0,20—0,40, für Äpfel 0,15—0,50 pro Pfund gezahlt. Geflügel kostete: Enten lebend 6—7, Gänse 12—14, Enten gerupft 6—8, Gänse 10 bis 12, Suppenküller 4,50—5,50, junge Hühner 2,50—3,50 pro Stück, junge Tauben 2—2,20 pro Paar. Auf dem Fleischmarkt notierte man: Schweinefleisch 1,30—1,60, Rindfleisch 1,40—1,60, Kalbfleisch 1,20—1,40, Hammelfleisch 1,30—1,40 pro Pfund. — Der heutige Markt war ausreichend bestensetzt; es fehlt jedoch noch immer die Auswahl an Läufen. Die vorhandenen Läufe wurden mit 60—70 pro Stück gehandelt. Für kleine Absatzkerle wurde 30—40, für etwas größere 35—45 verlangt. Fettswine fehlten ganz.

Rundschau des Staatsbürgers.

Die Neueinschätzung der Einkommensteuer.

Den Steuerzählern gehen seit einiger Zeit die Anforderungen zur Zahlung der Einkommensteuer zu. In den meitaus meisten Fällen wird festgestellt werden können, daß die Schätzungscommission das Einkommen viel höher festgesetzt hat, als es der Benzin bei der Selbsteinschätzung angegeben hat.

Der Steuerzähler kann binnen 30 Tagen nach der Zustellung des Steuerattels an die Berufskommission durch die Berufskommission eine Berufung einlegen. Zu empfehlen ist es jedem Benzin, daß er sich überzeugt, auf Grund welcher Unterlagen ihm die Schätzungscommission abweichend von seiner Selbsteinschätzung festgesetzt hat. Nach Art. 67, Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes steht jedem Steuerpflichtigen das Recht zu, im betreffenden Steueramt die seine Berufung be treffenden Akten einzusehen. Nach Absatz 2 desselben Artikels muß die Berufskommission auf schriftlichen Antrag des Steuerzählers ihm auf seine Kosten binnen einer Woche die Abschrift ihres Beschlusses über die Feststellung seines Einkommens und die Berechnung der Steuer, wie auch Abschriften der die Aussagen von Zeugen und Sachverständigen enthaltenden Protokolle erteilen.

Die 30tägige Berufungsfrist wird unterbrochen durch den Antrag um Befestigung der Abschrift der Unterlagen und läuft erst weiter, wenn die Post dem Steuerzähler die Unterlagen aushändigt. Nach Art. 68, Absatz 3 kann der Steuerzähler verlangen, vom Tage der Kommissionssitzung wenigstens 8 Tage vorher benachrichtigt zu werden, um durch mündliche Erklärungen seine Einwendungen zu begründen.

Die Berufung hält die Pflicht zur Steuerentrichtung nicht auf. Kann der Benzin infolge seiner wirtschaftlichen Lage die gesamte von der Berufskommission festgesetzte Steuer nicht zahlen, so muß er gesondert von der Berufung ein Stunden�esuch an das zuständige Finanzamt einreichen. Dieses Stunden�esuch muß mit einer Stempelmarke von drei Zloty versehen sein.

Abzüge für zu unterhaltende Familienmitglieder sind nur gestattet Steuerzählern, deren Einkommen 7200 Zloty

nicht überschreitet, bei außergewöhnlichen Umständen, die die Steuerkraft wesentlich beeinträchtigen (z. B. Krankheit in der Familie), kann die Steuer um drei Stufen ermäßigt werden.

Die Auflösung der Patente.

Die Auslösung der Gewerbescheine für das Jahr 1929 beginnt in der nächsten Zeit, wobei von den Finanzbehörden einige Änderungen vorgenommen wurden. In erster Linie soll die Auslösung von Gewerbescheinen solcher Unternehmer entschieden werden, die selbst mitarbeiten. Es handelt sich darum, festzustellen, ob auch sie als Angestellte gelten, wovon die Kategorie des Gewerbescheines abhängt sein wird. Ferner soll die Angelegenheit der Besitzer erledigt werden, die eine niedrigere Kategorie ausgekauft hatten, als die Behörden angeordnet hatten, und vom Gericht von jeder Strafe freigesprochen wurden. Bisher hatten die Steuerbehörden entgegen solchen Urteilen die Auslösung der höheren Kategorie verlangt. Diese Angelegenheit wird zugunsten des Steuerzählers entschieden werden, da die Befreiung von Schuld und Strafe den Mangel an Schuldbeweisen seitstellt und gleichzeitig bestätigt, daß der vorher aus gekaufte Gewerbeschein ausreichend war.

Polens Außenhandel mit Getreide und Mehl

stellt sich im August und September den beiden ersten Monaten des neuen Erntejahrs, gegenüber den Vergleichszeiten der drei Vorjahre, wie folgt dar:

	Import	1928	1927	1926	1925
Weizen	To.	1000 Rt.	To.	1000 Rt.	To.
Roggen	28 778	13 990	6 811	3 396	1 287
Gerste	11 451	5 128	11 262	4 991	3 213
Hafer	6 361	2 549	411	175	79
Weizenmehl	228	159	848	846	50
Roggenmehl	—	—	855	715	25
		586	391	—	267
	Export				
Weizen	195	111	3 065	1611	9 628
Roggen	71	29	1 375	638	48 294
Gerste	14 524	5 002	8 123	3 854	14 803
Hafer	384	178	1 704	655	3 186
Weizenmehl	—	—	182	108	102
Roggenmehl	192	100	—	—	1 578
					2 501

(Die Wertzahlen für 1926 und 1925 sind fortgelassen, weil sie, auf Goldzloty alter Parität lautend, kein richtiges Vergleichsbild zu den Wertzahlen der folgenden beiden Jahre geben, die sich in Umlaufszloty, d. h. Goldzloty neuer Parität verstehen.)

Polens Getreideimportbeschränkungen sind seit unserem letzten Außenhandelsbericht durch ein neues, erst malig ergangenes Import-Verbot verharrt worden. Anders läuft sich die am 2. d. M. wirksam gewordene Importzollbelastung für Roggen in Höhe von 11 Zloty je Doppelzentner, die auf Drängen der polnischen landwirtschaftlichen Organisationen schließlich die Zustimmung der Regierung gefunden hat, kaum bezeichnen, wenn man bedenkt, daß z. B. die Posener Roggennotierung am 10. er. 33—35 Zloty die Warschauer 36,50—37 Zloty je Doppelzentner betragen hat. Getreide wird durch diese Importabwertmaßnahme vor allem Deutschl. und speziell Niederösterreich verhindert, die in den letzten Jahren in großem Umfang an der polnischen Roggen einfahrt beteiligt waren. Daß aber der Importzoll kaum für die ganze Dauer des laufenden Erntejahrs, also bis zum 31. Juli 1929, aufrecht zu erhalten sein wird, dürfte daraus hervorgehen, daß er zunächst auf unbestimmte Zeit verbangt wurde. Wie bekannt, hat die polnische Büttermittelernte im Gegensatz zu der immerhin mittelmäßig ausfallenden Getreideernte ein sehr schlechtes Ergebnis gebracht, sodass (zum Schaden der sonstigen heimischen Büttermittelernte) Roggen mehr als bisher an das Reich verküsst werden wird. — Der am 12. Oktober mit Wirkung bis Ende Juli u. B. eingeführte Exportzoll für Hafer wird dagegen von der polnischen Landwirtschaft geradezu als „unfinanziert“ bezeichnet, da die Getreideart in ausreichendem Maße vorhanden sei. Von der gleichen Stelle wurde auch das Importverbot für Weizen (der im Innlande nicht in Bedarfshöhe erzeugt werden kann) und der Exportzoll für dieses Produkt (der mit 20 Zloty je Doppelzentner dem gänzlich Ausfuhrverbot gleichgestellt) angegriffen, und zwar im Hinblick darauf, daß die Regierungsverordnungen Lücken in Gestalt von Konkurrenzten für Danzig (10 Kilogramm je Kopf der Bevölkerung) lassen. Danziger Getreidehandelsfirmen bieten namentlich westpolnischen Märkten Weizenlieferungen an, sodass — abgesehen von den mit ministerieller Genehmigung sowie erfolgten Importen — auch auf Umwegen größere Mengen ausländischen Weizens nach Polen gelangen.

Graudenz.

Deutsche Bühne Grudziadz e. V.
Sonntag, den 18. November 1928
abends 8 Uhr im GemeindehauseFinden Sie,
dass Constance sich richtig verhält!

Romödie in 3 Akten von M. S. Maugham
Regie: Walter Ritter jun.
Eintrittskarten im Geschäftszimmer
Mickiewicza 15. 15027 Telefon 35.

Gold- u. Silbermünzen Kirch. Nachrichten,
auch Bernstein lautet Sonntag, d. 18. Nov. 28.

Evangel. Gemeinde Grudziadz, Bütom, 10 Uhr
Gottesdienst. 11 1/2 Uhr: Kindergottesd. Nachm. 2 Uhr: Soldaten im Jugendheim, Abends 7 Uhr: Jungmänner im Jugendheim, Mittwoch Büt. u. Betttag).

Gr. Raum 85 m, gr. 3-Zimmerwohnung und Garten zu vermieten, Breuh. Koszarowa 14. 15156 Bibelstunde.

Gr. Raum

Franco-Briefsend nach außerhalb gegen Voreinsendung von 2,60 zt.

Perfekte 14801 Rausse jedes Quantum Schneiderin empfiehlt sich in und außer dem Hause.

Roggenstroh und Hen Martha Polztn. Prosta 5. links, gottesdienst, Pf. Brauner Koszarowa, Prosta 5. links.

Herde
in verschiedenen Größen
empfohlen 13786

Falarski & Radajke Tel. 561. Toruń Tel. 561. Szeroka 44. Stary Rynek 36.

Schuhwaren
in sehr großer Auswahl von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung zu außerordentlich billigen Preisen empfiehlt 14278

A. Taukert, Toruńska 8.
Größte Auswahl am Platze.

2—3-Zimmerwohn

Was die Herkunft bzw. die Richtung des polnischen Getreide-Außenhandels angeht, so sind die Hauptbeteiligten daran zunächst Deutschland und hinsichtlich außerdem Ungarn und die Nordamerikanische Union. Deutschland führte in den Monaten August und September d. J. nach Polen ein: 9815 Tonnen Weizen im Werte von 497 500 Zloty, 318,6 Tonnen Roggen im Werte von 1.594 000 Zl., 52,8 Tonnen Gerste im Werte von 25 000 Zloty, 525 Tonnen Hafer im Werte von 2 107 000 Zloty, 8 Tonnen Weizen im Werte von 84 000 Zloty, 69,5 Tonnen Roggen im Werte von 28 000 Zloty, 6981,7 Tonnen Gerste im Werte von 2 802 000 Zloty, 312,5 Tonnen Hafer im Werte von 148 000 Zloty, sodass die Bilanz mit Ausnahme von Gerste, ein sehr beträchtliches Aktivum zu Deutschländs Gunsten aufweist. Auch Deutschlands Bezug von Roggengehl aus Polen (191,3 Tonnen im Werte von 100 000 Zloty), dem keine nennenswerten Lieferungen dahin gegenüberstehen, ändert an diesem Resultat nichts. Ungarns Weizenlieferungen betragen in der Berichtszeit 10 128,2 Tonnen im Werte von 4 718 000 Zloty, seine Roggenlieferungen 3 516,6 Tonnen im Werte von 1 581 000 Zloty. Die Nordamerikanische Union lieferte 2848,6 Tonnen Weizen im Werte von 1 361 000 Zloty und 2 967,4 Tonnen Roggen im Werte von 1 432 000 Zloty. Die Anteile anderer Getreideausfuhrländer u. a. Schweden, Australien, Argentinien für Weizen, Rumänien, Tschechoslowakei und Argentinien für Roggen folgen erst in weitem Abstand. — Die Ausfuhr hat nur, soweit Gerste in Betracht kommt, Bedeutung, und zwar gingen außer den bereits oben erwähnten Lieferungen nach Deutschland u. a. nach Belgien 3 980 Tonnen im Werte von 126 100 Zloty, nach den Niederlanden 1 534,7 Tonnen im Werte von 683 000 Zloty, kleinere Quantitäten nach Lettland, der Tschechoslowakei, England, Norwegen und der Schweiz.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Bilanz der Bank Polski weist in der ersten November-Periode folgende Änderungen in Millionen Zloty auf: Edelmetalle + 0,07 (611,9), Valuten, Devisen und Auslandsguthaben + 7,1 (685,6), Wechselportefeuille + 14,8 (655,6), sofort zahlbare Verpflichtungen (541,6) und Banknotenumlauf (1239,9), zusammen + 7,1 (1781,5). Alle anderen Positionen sind im Wesentlichen unverändert.

Der Verbrauch von feinerem als 65prozentigen Weizenmehl. Im "Dziennik Ustaw" Nr. 93 vom 12. d. M. ist eine Verordnung erschienen, durch die bis zum 15. Dezember der Gebrauch von Weizenmehl feinerer Sorte, als bei den gegenwärtig geltenden Ausnahmestellungen zulässig, erlaubt wird. Die Verordnung ist mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft getreten.

Kongress der Geflügelzüchter. Das Zentralkomitee für Geflügelzucht in Polen beabsichtigt, in Katowice einen Geflügelzüchter-Kongress zu veranstalten. Die Organisation des Kongresses hat der Hauptverband der Geflügelzüchter in Oberschlesien in die Hand genommen. Während des Kongresses wird auch eine Kaninchenausstellung stattfinden.

b. Der Umlauf an polnischen Staatsklassenscheinen ist ein Teil des polnischen Geldsystems, der von der Neuregelung auf Grund der großen amerikanischen Anleihe vom Oktober 1927 mit erfasst war. Die seinerzeitige Regierungserklärung besagte, dass die polnische Regierung auf das Emissionsrecht von Staatsnoten verzichtete, doch sie ferner, um die Noten der Bank Polski zum alleinigen Rotenzahlungsmittel zu machen, die Staatsklassenscheine einziehe und zu diesem Zweck einen Betrag von 110 Millionen Zloty bei der Bank Polski deponiere, wogegen diese die Haftung für die Hälfte der Staatsnoten und deren Erfas durch eigene Noten übernehme. Um Erfas für die andere Hälfte der aus dem Verkehr genommenen Zahlungsmittel zu schaffen, hat die Regierung außerdem seinerzeit einen Betrag von 90 Millionen Zloty (aus der amerikanischen Anleihe) bei dem polnischen Emissionsinstitut hinterlegt, der für die Prägung von Zweiz- und Fünfzlotz-Silbermünzen im Nennwert von 140 Millionen Zloty dienen sollte. Inzwischen die Einführung der Staatsklassenscheine inzwischen erfolgt ist, zeigt die folgende Tabelle, die auf den amtlichen Warschauer Statistik führt:

Umlauf an Staatsklassenscheinen:	
1. Oktober 1927	269 101 000 Zloty
1. November	268 098 000 "
1. Dezember	208 470 000 "
1. Januar 1928	167 006 000 "
1. Februar	146 486 000 "
1. März	140 644 000 "
1. April	138 813 000 "
1. Mai	122 122 000 "
1. Juni	109 432 000 "
1. Juli	107 339 000 "
1. August	104 067 000 "
1. September	105 981 000 "
1. Oktober	108 914 000 "

Demnach sind seit der Zloty-Stabilisierung Staatsklassenscheine im Werte von rund 160 Millionen Zloty aus dem Verkehr gezogen worden.

b. Der Exportzoll für Glycerin-Seifenlängen (Pos. 253 des polnischen Zolltarifs), der 5 Zloty je 100 kg. beträgt, wurde bekanntlich ab 4. Juli d. J. für 4 Monate suspendiert. Nach einer soeben im "Dziennik Ustaw" (Nr. 92) veröffentlichten Verordnung der zuständigen Minister wird dieser Zoll auch weiterhin

bis einschl. 31. Dezember d. J. nicht erhoben. Die Gründe, die im Jahre 1926 zur Einführung dieses Zolles und diejenigen, die diesen Sommer zu einer vorübergehenden Aufhebung geführt haben, wurden seinerzeit ausführlich von uns mitgeteilt. Als Hauptabnehmer dieser Längen kam eine Zeitlang Deutschland in Betracht.

b. Die Kohlenpreise für die Staatsbahnen sind nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem Warschauer Ministerium und den ostpreußischen Gruben nunmehr rückwirkend vom 1. April bis 1. November d. J. mit 25,80 Zloty für die erste Sorte und von dem letztgenannten Zeitpunkt ab mit 26,80 Zloty je To. festgesetzt worden. Durch diese Erhöhung ist eine Gleichstellung der oberösterreichischen Gruben mit den Dombrowaer im Preise für die Bahnlöhne endlich erfolgt.

b. Von der polnischen Kunstdüngemittel-Industrie. Die Superphosphatkunstdüngemittel hat für die heurige Herbstsaison ca. 21 000 Waggons abgegeben, was gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahrs eine Zunahme um 20 Prozent bedeutet. Die Ausfuhr ist dagegen fast unverändert geblieben und hat nur ungefähr 2000 Waggons betragen. Die Kali- und Steinkaliwerke in Kalisz und Siekiewitz brachte im September 5225 To. Kaliöl (gegen 15 300 To. im Vorjahr) und 10 095 To. Kainit (gegen 18 600 To.) zum Verkauf für den Inlandsmarkt. Unbedeutende Mengen gingen in der gleichen Zeit nach Schweden, Rumänien und der Tschechoslowakei. Die schon früher von uns erwähnten Sucharbeiten im Revier Kropinik haben inzwischen zu positiven Ergebnissen geführt. Die Städtehoffpreise der staatlichen Werke in Chorzow sind jedoch für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis 30. April 1929 neu festgesetzt worden. Danach kostet die Marke Nitrofos (ca. 15,5 Prozent Stickstoff und ca. 9 Prozent Phosphatkörper) je 1000 kg. franz. franko Waggons Chorzow bei Lieferung im Oktober 417 Zloty, und dann für jeden folgenden Monat je 350 Zloty mehr, also bis April 1929 438 Zloty. Falls Wechselkredit (nur durch Vermittlung der staatlichen Bank Polen, des Großhändlers oder der Handelsorgane der landwirtschaftlichen Genossenschaften) in Anspruch genommen wird, stellt sich der Preis auf 400 Zloty bei Fälligkeit Ende Oktober 1929.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polski" für den 16. November auf 5,2244 Zloty festgesetzt.

Der Zloty am 15. November. Danzig: Überweisung 57,78 bis 57,92, bar 57,81—57,96, Berlin: Überweisung Warschau 47,00 bis 47,20, Rattowitz 46,95—47,15, Polen 46,45—47,15, bar gr. 46,90 bis 47,30, fl. 46,80—47,20, Zürich: Überweisung 58,25, London: Überweisung 43,23, New York: Überweisung 11,25, Riga: Überweisung 58,75, Bularest: Überweisung 18,20, Prag: Überweisung 377,75.

Warschauer Börse vom 15. Novbr. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 123,90, 124,21—125,59, Belgrad — Budapest — Bularest — Oslo — Helsingfors — Spanien — Holland — Japan — Kopenhagen 237,65, 238,25 — 237,05, London 43,23/4 — 43,12 1/2, New York 8,90, 8,92 — 8,88, Paris — 34,92 — 34,75 (Transito 34,84 — 34,83), Prag 26,42/2 — 26,48 — 26,36, Riga — Schweiz 171,63, 172,06 — 171,20, Stockholm — Wien 125,30, 125,61 — 124,99, Italien 46,73, 46,85 — 46,61.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 15. November. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,007 Gd. — Br. New York — Gd. — Br. Berlin — Gd. — Br. Warschau 57,78 Gd. 57,92 Br. Noten: London — Gd. — Br. Berlin — Gd. — Br. New York — Gd. — Br. Kopenhagen — Gd. — Br. Warschau 75,81 Gd. 57,91 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offizielle Devisen- notierung	Für drahtlose Auszeichnung in deutscher Mark	In Reichsmark	
		15. November Geld	14. November Brief
5,48%	Buenos-Aires 1 Bel.	1.768	1.772
	Kanada 1 Dollar	4.190	4.198
	Japan 1 Yen	1.950	1.954
	Ratko 1 gr. Rfd.	20.855	20.898
4,5%	Konstantin 1 tkt. Rfd.	2.107	2.116
5%	London 1 Pfd. Sterl.	20.332	20.372
	New York 1 Dollar	4.1940	4.2020
	Rio-de-Janeiro 1 Mil.	0.501	0.503
	Uruguay 1 Goldpes.	4.286	4.294
4,5%	Amsterdam 100 fl.	168,27	168,61
10%	Wien	5,425	5,435
4%	Brüssel-Ant. 100 Fr.	58,265	58,385
6%	Danzig 100 Guld.	81,29	81,45
6,5%	Helsingfors 100 fl. M.	10,553	10,574
5,5%	Italien 100 Lira	21,97	22,01
7%	Jugoslavien 100 Kr.	7,369	7,383
5%	Kopenhagen 100 Kr.	111,77	111,99
8%	Lissabon 100 Esc.	18,88	18,92
5,5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	111,74	111,99
3,5%	Prag 100 Fr.	16,37	16,41
5%	Prag 100 Kr.	12,427	12,447
3,5%	Schweiz 100 Fr.	80,725	80,885
10%	Sofia 100 Leva	3,029	3,035
5%	Spartan 100 Bel.	67,57	67,71
3,5%	Stockholm 100 Kr.	112,09	112,31
6,5%	Wien 100 Kr.	58,92	59,04
6%	Budapest 100 Pengö	73,105	73,245
8%	Warschau 100 Zl.	47,00	47,20

Zürcher Börse vom 15. Novbr. (Umfällig) Warschau 25,25 New York 5,19575, London 25,19, Paris 20,29/2, Wien 73,00, Prag 15,40, Italien 27,22, Belgien 72,22/2, Budapest 90,59/2, Helsingfors 13,09, Sofia 3,75/2, Holland 208,55/2, Oslo 138,50, Copenhagen 83,75, Buenos Aires 2,19/2, Rio de Janeiro — Bularest 3,12/2, Athen 6,72/2, Berlin 123,77/2, Belgrad 9,12/2, Konstantinopel 2,61, Priv.-Disk. — %, Tägl.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar gr. Scheine 8,85 Zl. do. Il. Scheine 8,84 Zl. 1 Pf. Sterling 43,06 Zl. 100 Schweizer Franken 170,94 Zl. 100 franz. Franken 34,70 Zl. 100 deutsche Mark 211,58 Zl. 100 Danziger Gulden 172,21 Zl. tschech. Krone 26,32 Zl. öster. Schilling 124,80 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 15. November. Zeitverzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: Sproz. Obligationen der Stadt Posen vom Jahre 1926 92,00 B. Sproz. Dollarbriefe der Posener Landshöft (1 D.) 95,00 G. 4proz. Konvertierungsbriefe der Posener Landshöft (100 Zloty) 50,00 G. Notierungen je Stück: sproz. Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar) 113,00 B. Tendenz: behauptet. — In dritter Reihe: Bank zw. Sp. Bar. 81,50 B. G. Ciegelshi 42,00 G. Cuf. 3dun 85,00 G. Dr. Roman May 114,50 G. Tendenz: behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktionsmarkt.

Getreide und Futtermittel. Katowic 15. November. Export- und Importweizen 44—45, Exportroggen 39—40, Inlandsroggen 36—37, Exporthafer 41—42, Inlandshafer 36,50—37,50, Exportgerste 47—49, Inlandsgerste 40—41. Preise franz. Station des Abnehmers: Leinungen 54—55, Sonnenblumenflocken 49—50, Weizen- und Roggenflocke 30—31, Hen 27—28, Stroh 9—10. Tendenz: ruhig.

Berliner Produktionsmarkt vom 15. November. Getreide und Getreide für Futtermittel. Katowic 15. November. Getreide für 1000 Kg. Korn für 100 Kg. in Goldmark. Weizenmärkte 210—213, Dezember 227,00, März 237, Mai 242,50. Roggenmärkte 201—204, Dezember 219,00, März 229,25, Mai 235,00. Gerste: Brauergärte 228—244, Futter- und Industriegärte 203 bis 210, Hafermärkte 197—206, Maislotto Berlin 218—220, Weizenmehr 26,25—29,75, Roggenmehr 25,50—28,75, Weizenfleie 14,60 bis 14,80, Weizenfleimelasse 15,00—15,25, Roggenfleie 14,60—14,80, Raps 340—350, Bittertärtärchen 44,00—53, Widen 27—29,50, Rapsflocken 19,80—20,20, Leinungen 24,60—24,80, Trockenflocken 13,80 bis 14,10, Sojaschrot 22,00—22,70, Kartoffelflocken 19,20—19,70. Tendenz für Weizen und Roggen ruhiger.

Berliner Giernotis vom 14. November. Ausländische Eier: große 13—15%, normale 12—14, kleine u. Schmalzeler 11—11 1/2%.

Materialienmarkt.

Metalle. Warschau 15. November. Es werden folgende Orientierungspreise je Kg. in Zloty notiert: Balsa-Zinn in Blöcken 12, Hüttenblei 1,15, Hüttenzink 1,35, Antimon 2,40, Aluminium 5, Binsled (Grundpreis) 1,60, Messingblei 3,00—4,50, Kupferblech 4,40.

Berliner Metallbörse vom 15. Novbr. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Marl. Elektrolytupfer (wirebars), prompt cfr. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 151,75, Remafeld-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —. Original-Hüttentalumin (98,99%) in Blöden, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren (99%) 194, Reinmetall (98—99 %) 350, Antimon-Kegulus 84—87, Feinmetall für 1 Kilogr. fikt. 79,25—79,75.

Es gibt kein Duell Slawek-Niedzialkowski.

Warschau, 15. November. Der Konflikt zwischen dem Obmann des Klubs der Regierungspartei, dem Oberst und Abgeordneten Slawek und der PPS erfordert täglich neue Komplikationen. Bekanntlich hatte der Abg. Slawek den Abg. Niedzialkowski wegen der Veröffentlichung der Beschlüsse des Sejmklubs der PPS im "Robotnik", durch die sich Herr Slawek getroffen fühlte, zum Duell gefordert. Gestern veröffentlichten die Sekundanten des Abg. Slawek, die Obersten Wieniawa-Dingoszewski und Pieczacki, ein einseitiges Ehrenprotokoll, in dem festgestellt wird, daß die Vertreter des Abg. Niedzialkowski, die Herren Stanislaw Tugutt und Jan Kowalski, die Erklärung abgegeben haben, daß ihr Auftrager als Sozialist Zwieträger nicht anerkenne. In dem Protokoll wird die Einberufung eines bürgerlichen Gerichts in Vorschlag gebracht. Die Sekundanten des Obersten Slawek erklärten hierauf, daß das Ehrenverfahren keine bürgerlichen Gerichte anerkenne, die Ehrenfahrt kommt in einer für den Oberst Slawek ehrenhaften Weise erledigt worden sei.

Für den Abg. Niedzialkowski ist die Sache ebenfalls erledigt, wenigstens nach einem Protokoll, das seine Vertreter verfaßten. Die Leute in der Sanacja werden aufatmen, und die öffentliche Meinung wird sich mit wichtigeren Fragen beschäftigen können.

Am Freitag soll die erste Sitzung des Marschallgerichts stattfinden, das auf Wunsch des Abg. Marek gegen den Abg. Slawek einberufen wurde. Als Schiedsrichter fungieren auf Seiten des Abg. Slawek der Abg. Łukaszewicz, auf Seiten des Abg. Marek der Senator Kalinowski.

Wegen Zersetzung der roten Fahne erdrosselt.

Riga, 15. November. Während der Feier des 11. Jahrestags der Oktober-Revolution überfiel in Kiew eine Volksmenge, an deren Spitze ein Marinesoldat stand, eine Abteilung des kommunistischen Jugendverbandes und nahm ihr unter feindlichen Rufen auf die Sowjet die rote Fahne ab, die dann zerstört wurde. Abteilungen der politischen Polizei liquidierten den Zwischenfall. Der Marinesoldat wurde am nächsten Tage erdrosselt.

Republik Polen.

Neue Konsulate.

Warschau, 15. November. Das Außenministerium wird im neuen Budgetjahr eine Gesandtschaft in Lissabon (Portugal), ein Generalkonsulat in Dublin (Irland), eine Konsularagentur in Vladivostok (Sibirien), sowie ein Ehrenkonsulat in Luxemburg eröffnen. Das Ehrenkonsulat in Brüssel wird auf den Staat übernommen. Im nächsten Jahre sollen auch beendet werden der Bau des Gebäudes der polnischen Gesandtschaft in Angora, sowie der Umbau des Konsulatsgebäudes in Königsberg. Späterhin soll mit dem Bau eines Konsulatsgebäudes in Sofia begonnen werden.

Unbechränkter Urlaub für General Sikorski.

Warschau, 15. November. Das Kriegsministerium (Piłsudski) hat dem gegenwärtig in Frankreich weilenden General Sikorski einen freistiligen Urlaub mit dem Recht, sich im Auslande aufzuhalten, erteilt.

Deutsches Reich.

Wieder "Tägliche Rundschau"?

Die "Neue Berliner Zeitung" (Das 12-Uhr-Blatt) weiß in diesen Tagen davon zu berichten, daß Verhandlungen über die Weiterführung der "Täglichen Rundschau" stattfinden. Das Blatt, dem wir die volle Verantwortung für seine Ausführungen überlassen müssen, weiß folgendes zu melden:

"Im Auftrage der Besitzer der "Täglichen Rundschau" sollen einige westdeutsche Großindustrielle, die der Deutschen Volkspartei nahestehen, bewogen werden, Geld für die Fortführung der Zeitung zur Verfügung zu stellen. Dadurch, daß sich einige einflußreiche Abgeordnete des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei, die sich um Scholz gruppieren, sehr für die Wiedergeburt der schon zweimal wegen Mangel an Geldmitteln eingegangenen "Täglichen Rundschau" einsetzen, dürften die Verhandlungen erfolgreich ausgehen."

Man will den Geldgebern dadurch Mut machen, daß man ihnen auch eine vollkommene Umgestaltung des inneren Betriebes verspricht. Vom früheren Redaktionsstab sollen nur wenige wieder zurückkehren. Mit der Chefredaktion soll angeblich der frühere Leiter einer großen Provinzzeitung beauftragt werden. Man will auch das Niveau der Zeitung, deren Politik "national-republikanisch" sein soll, anders als bisher gestalten. Es soll nicht so sehr auf die Gewinnung der Leser der alten "Täglichen Rundschau" ankommen, sondern das Blatt soll eine mehr großstädtische Ausmauerung erhalten. Wie weit diese Vorschläge in die Tat umgesetzt werden, hängt von dem Ausgang der Verhandlungen ab."

Neurath lehnt ab.

Die Verhandlungen Dr. Stresemanns mit dem deutschen Botschafter in Rom, Freiherrn v. Neurath, über die Übernahme des Moskauer Botschaftspostens sind ergebnislos geblieben. Freiherr v. Neurath hat es abgelehnt, die Moskauer Botschaft zu übernehmen. Deshalb sind neuerdings wieder Verhandlungen mit dem deutschen Botschafter in Angora, Nadolny, aufgenommen worden.

Aus anderen Ländern.

Oberst Bauer in Shanghai.

Der frühere deutsche Oberst Bauer, der während des Krieges an verantwortlicher Stelle in der deutschen Heeresleitung tätig war, ist in Shanghai eingetroffen und hat der chinesischen Zeitung "North China Daily News" ein Interview gewährt, in dem er erklärt, er sei nicht als militärischer, sondern als wirtschaftlicher Ratgeber der Nanjing Regierung nach China gekommen. Er werde dem General Tschankaisch beigeben werden und sich damit zu befassen haben, die in industriell Gründlage des neuen China zu schaffen. Ohne eine Neorganisation der chinesischen Wirtschaftslage sei es unmöglich, eine geordnete chinesische Friedensarmee zu bilden. Die Entwicklung und der Ausbau der industriellen Kräfte Chinas sei die wichtigste Aufgabe der nationalen Regierung. Er werde sich mit seiner ganzen Kraft für dieses Ziel einsetzen.

Oberst Bauer, dessen Ankunft in Shanghai unter den dortigen Engländern großes Aufsehen erregt, bestreitet ausdrücklich, daß er Mitglied des chinesischen Generalstabes sei.

Ein hinterer Neffe.

Der Neffe des ermordeten Generals Obregon, der Hauptmann Jesus Obregon, verlangte als Be-

sicher Zugang zum Stadtgefängnis, in dem sich der bereits zum Tode verurteilte Mörder Obregons, Toral, befindet. Der Neffe Obregons wurde vor der Gittertür Torals in dem Augenblick von Wärtern überwältigt, als er einen Revolver zog, um den ohnedies dem Tode verfallenen Mörder seines Onkels zu erschießen. Der Hauptmann, der nach Hause zurückkehren konnte, nachdem man ihm die Waffe abgenommen hatte, jagte sich wenige Stunden später eine Kugel durch die Schläfe und war sofort tot.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 16. November.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung und strichweise leichte Niederschläge an.

Hauseinsturz in Bromberg.

Gestern morgen gegen 9.15 Uhr ereignete sich in Bromberg ein Unglück, das in den Annalen der Stadt wohl zum erstenmal zu verzeichnen ist. Und zwar stürzte zur genannten Zeit die Frontmauer des einstöckigen Hauses Bahnhofstraße 73 ein und verschüttete vier Arbeiter, von denen einer bereits verstorben ist.

Als wenige Minuten nach der Katastrophe einer unserer Mitarbeiter an der Unglücksstelle eintraf, lagen die Steine der eingestürzten Mauer quer über dem Straßendamm bis auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig. In die Zimmer des Hauses konnte man von der Straße aus hineinschauen und beobachten, wie die Einwohner eifrig bemüht waren, einige Habseligkeiten zu retten. Zahlreiche Schaulustige waren augenblicklich an der Unfallstelle und behinderten leider die Rettungsarbeiten, die erst durch die energetisch durchgeführten Absperrmaßnahmen der Polizei erleichtert wurden. Die Arbeiter standen ratlos herum, äußerten Mutmaßungen über die unter den Trümmern Verschütteten und die Ursache der Katastrophe. Das Haus ist ein altes Gebäude, das der Versicherungsgesellschaft "Vesta" gehört.

Über die Ursache des Unglücks ist folgendes mitzuteilen: Die Firma Grzeckowiak, Wallstraße 1, hatte von dem Magistrat (Dezernat des Elektrizitätswerkes) den Auftrag erhalten, von dem neuen Elektrizitätswerk ein Graben nach dem alten zu legen. Die Firma war mit 42 Mann beschäftigt, diese Arbeit auszuführen. Dazu mußte ein Graben gezogen werden, der direkt an den Häuserfronten der Ostseite der Bahnhofstraße entlangführte. Nach Angaben der Arbeiter, die unversehrt davongekommen sind, soll der leitende Ingenieur angewiesen haben, vor dem Hause Nr. 73 den Graben aus besonderen Rücksichten direkt an das Fundament zu legen — eine Behauptung, deren Richtigkeit erst die Untersuchung wird ergeben müssen. Das Gebäude, das schon sehr alt ist, war dadurch bedroht, und kurze Zeit nachdem der Graben an der ganzen Hausfront vorbereitet war, rutschte die Front nach. Vier Arbeiter, die gerade an der Einsturzstelle beschäftigt waren, wurden zum Teil völlig, zum Teil nur teilweise verschüttet. Zwei von ihnen konnten sich augenblicklich selbst befreien, während die beiden anderen erst durch die sofort herbeigeeilte Feuerwehr mit Hilfe der übrigen Arbeitskollegen ausgescharrt werden mußten. Die Arbeit war keineswegs leicht, da große Steinblöcke und Schutt verschüttet werden mußten, ehe man die Unglückslichen befreien konnte. Der eine der Arbeiter, der Domagalski heißen soll, wurde bei einer ungewöhnlichen Verletzung ins Krankenhaus. Der zweite Arbeiter, der angeblich Hinz heißt, ist mit einem schweren Beinbruch davongekommen und kam kurze Zeit, nachdem man ihn von den Erdmassen befreit hatte, zu sich. Irrgünstige Angaben konnte er jedoch nicht machen.

Besondere Anerkennung gebührt den Feuerwehrleuten, die ungeachtet der ihnen an der Unglücksstelle drohenden Gefahr mit großem Eifer an der Rettung der Verschütteten arbeiteten. Diese Rettungsarbeiten wurden noch fortgesetzt, da man nicht genau weiß, ob noch andere Arbeiter oder vielleicht Passanten unter den Trümmern begraben liegen.

§ Verlängerung des Termins der Revision der Konzession? Wie der jüdische "Raz Praggl" erzählt, wird die Regierung in den nächsten Tagen dem Sejm das Projekt einer Novelle zum Gesetz über die Revision der Monopolkonzessionen vorlegen. Außerdem soll der Termin der Revision der Konzesse verlängert werden.

§ Schützt die jungen Bäume! In anerkennenswerter Weise bemüht sich die Gartenbauverwaltung der Stadt, die Straßen mit Bäumen zu bepflanzen. Leider wird den Bäumen nicht der Schutz zuteil, der ihnen in Anerkennung der Bemühungen der Gartenverwaltung von Seiten des Publikums zuteil werden müßte. Es ist mehrfach vorgekommen, daß junge Burschen diese Bäume umbrechen. Das Publikum müßte ganz energisch gegen solche Frevel vorgehen und sie der Polizei übergeben.

§ Bauernzäune brannten nicht geweckt zu werden. In einigen Dörfern verlangen die Behörden von den Bewohnern das Aufstreichen der Zäune. Es wird angenommen, daß dies durch falsche Anslegung der letzten Rundschreiben des Inneministers verursacht wurde, in welchem angeordnet wird, die Wohnhäuser in den Dörfern zu tüpfen. Von einem Aufstreichen der Zäune war darin nicht die Rede gewesen, im Gegenteil wurde stets empfohlen, Gärten und Höfe mit Naturzäunen zu umgeben. Um die Bevölkerung vor der Ausführung nicht bestehender Bestimmungen zu bewahren, richtete der Inneminister an alle Wojewoden einen Fernspruch mit der Anordnung, alle ihnen unterstehenden Ämter davon zu benachrichtigen, daß die Landbevölkerung nicht verpflichtet ist, die Zäune anzustreichen.

Abonnenten auf dem Lande

welche die "Deutsche Rundschau" bei dem Briefträger bestellen, empfehlen wir, falls der Briefträger zufällig keine Postzeitungskontrolle verabfolgen kann, die Bestellung möglichst eigenhändig in das von dem Briefträger zu diesem Zweck mitgeführte kleine Bestellbuch einzutragen.



Reger-Seifenpulver!

§ Eine Pferde- und Hornviehmarkt findet am Dienstag, dem 20. d. M., von 8 Uhr morgens auf dem Viehmarkt beim Schlachthof statt.

§ Auf frischer Tat wurden am 13. d. M. beim Diebstahl von Eisen zwei junge Burschen erappelt. Sie waren mit einem Wagen vor dem Lager der Firma "Teas" vorgefahren, wo sie Eisenteile aufzudenken. Als sie mit ihrer Beute absahen wollten, wurden sie festgenommen.

§ Zu einer Schlägerei kam es am Mittwoch in der Schlosserstraße zwischen zwei Betrunkenen, wobei der eine so heftig auf das Straßenpflaster geschleudert wurde, daß er mit einer bedenklichen Kopfwunde in bewußtlosem Zustand liegen blieb. Er wurde ins Städtische Krankenhaus geschafft.

§ Das Städtische Polizeiamt teilt mit, daß zwei Hunde (Polishund und Dackel) als ausgelaufen gemeldet wurden. Die Besitzer können die Tiere vom genannten Amt, Burstraße 32, Zimmer 7, abholen.

Vereine, Veranstaltungen &c.

Auf das heutige Abend (Freitag) im Civillärm stattfindende Konzert der bekannten Virtuosen: Jahnke (Viol.) und Lisicki (Klar.) wird nochmals hingemietet. Das überaus reiche und interessante Programm bietet uns einen recht mit Meisterschaften (Kreuzer-Sonate von Beethoven, Paderewski, Schubert-Lütz usw.) ausgestatteten Abend. Eintrittskarten sind noch zum Preise von 1 bis 5 Mark im Vorverkauf in der Buch- und Musikalienhandlung von Jan Józefski, Gdańskia 10/17, u. d. Abendkasse zu haben. (15173)

Cäcilienverein. Gefangsprobe diesmal ausnahmsweise Freitag, den 16. 11., abends 8 Uhr, in der Schule. (14186)

Konserv.-Chor. Heute 8½ Uhr Probe m. Org. zur Schubertiade. (15180)

Deutsche Bühne. Sonnabend 8½ und Sonntag 4½ Uhr Veranstaltung der Kulturfamilie. Einleitung: "Molière und sein Werk" von Studienrat Hans Kleinen; darauf der Uraufführung "Herr Tortüffel", ein Filmspiel nach Molière von Carl Mayer und J. W. Murnau. Näheres siehe Bühnenkalender und Programm. (15184)

§ Friedingen (Kreis Bromberg), 15. November. In der vergangenen Nacht brannte die Scheune des Besitzers Gajda mit voller Größe vollständig nieder. Man nimmt Brandstiftung an.

§ Motoren-Woche, 15. November. Auf dem heutigen Wochenmarkt forderte man folgende Preise: Butter 2,60—3,00, Eier 3,70—4,00, junge Hühner 2,50—3,50, alte Guten 5—7,00, Gänse 11—13,00, Feiertäuse 1,60 das Pfund. Butter 7—9,00, Birnen 0,25—0,30, Apfel 0,20—0,35, Weißkohl 0,20—0,30, Rötelkohl 0,30, Zwiebeln 0,25, Mohrrüben 0,20. — Im Verlauf der Festlichkeiten anlässlich des zehnjährigen Bestehens Polens kam es im polnischen Vereinshaus zwischen drei jungen Leuten vom jugendlichen Verein zu einem Streit, der in eine wütige Schlägerei ausartete, so daß ärztliche Hilfe in Aufruhr genommen werden mußte.

§ Wollstein (Wolsztyn), 15. November. Die Arbeiten an dem Elektrizitätswerk nähern sich dem Ende. Die Kabellegung nach den Ausgängen der Stadt ist beendet, so daß der Straßenverkehr sich wieder störunglos abwickelt. Die meisten Hausanschlüsse sind fertiggestellt, so daß man hoffen kann, zur weihnachtlichen Geschäftsszeit alles in neuem Licht erstrahlen zu sehen. — Geplant ist die Straße über den Nord-Obrakanal infolge Reparatur der Brücke Nr. 29 zwischen Broniewo und Solec. Die Arbeiter dürfen am 20. d. M. beendet sein.

Aus Kongresspolen und Galizien.

(1) Alexandrowo, 15. November. Schon seit Wochen werden hier auf den Wochen- und Jahrmarkten dermaßen viele Ferkel angeboten, daß nur Händler 8—10 Wochen alte Tiere für 10—15 Mark kaufen. Aber selbst bei diesem niedrigen Preis wird noch nicht ein Drittel des Angebotes gekauft. Die Schweinezüchter haben durch diesen unvorhergesehenen Überstand bedeutenden Schaden, kleinere Besitzer verlieren die Einnahme für ein Vierteljahr und müssen die Tiere mit großem Verlust abgeben, um die Steuern bezahlen zu können. Tierschweine dagegen sind gesucht.

* Lodz, 15. November. Schwere Eisenbahngatastrophen. Auf der direkt an der Stadtgrenze gelegenen Eisenbahnstation Chojny ereignete sich am Dienstag um 12 Uhr nachts ein schweres Eisenbahnunglück, das in seinem Ausmaß geradezu ungeheuerlich ist. Auf der Station in Chojny wurde der aus mehreren mit Kohle beladenen Waggon bestehende Güterzug Nr. 3383/559 rangiert. Als dieser Zug auf ein anderes Gleis geführt werden sollte, kam aus der Richtung von Widzew ein anderer ebenfalls mit Kohle beladener Güterzug Nr. 3385 in schnellem Tempo heran, überfuhr das auf "Halt" eingestellte Warnsignal und fuhr mit ganzer Wucht auf den auf dem Wechsel befindlichen Zug hinauf. Die Folgen waren furchtbar. Die Waggons beider Züge wurden ineinander geschoben und zertrümmert. 34 Waggons bildeten buchstäblich einen einzigen großen Trümmerhaufen, während viele andere Wagen schwer beschädigt wurden. Die Eisenbahnschienen wurden durch die Wucht des Zusammenpralls herausgerissen und wie Draht verbogen. Menschenopfer sind zum Glück nicht zu beklagen. Dem Dienstpersonal beider Züge gelang es noch rechtzeitig herauszuspringen. Nur zwei junge Burschen namens Ludwik Jaworski und Josef Polakowski, die auf einem Wagenwagen des herankomenden Zuges eine Schwarzfahrt machten, wurden bei dem Zusammenprall der Kohle verschüttet, so daß ihnen nur die Füße herausgeschauten. Sie wurden von dem Zugpersonal jedoch bald bemerkt und aus ihrer Lage befreit, ohne daß sie ernsthafte Verletzungen davongetragen hätten. Der Lokomotivführer des zweiten Zuges, Alexander Ross, wurde verhaftet.

Chef-Medakator: Gotthold Starke; verantwortlicher Medakator für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Biese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Zettl: Marian Herke; für Anzeigen und Nachrichten: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 251.

